

BVGer D-3162/2022 vom 17. August 2022

Bundesverwaltungsgericht, 2022-08-17, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_D-3162_2022

FR: TAF D-3162/2022 du 17 août 2022

IT: TAF D-3162/2022 del 17 agosto 2022

Regeste

Verweigerung vorübergehender Schutz

Erwägungen

E. 1.1

Gemäss Art. 31 VGG ist das Bundesverwaltungsgericht zur Beurteilung von Beschwerden gegen Verfügungen nach Art. 5 VwVG zuständig und entscheidet auf dem Gebiet des Asyls in der Regel – und auch vorliegend – endgültig (Art. 83 Bst. d Ziff. 1 BGG; Art. 105 AsylG [SR 142.31]).

E. 1.2

Das Verfahren richtet sich nach dem VwVG, dem VGG und dem BGG, soweit das AsylG nichts anderes bestimmt (Art. 37 VGG und Art. 6 AsylG).

E. 1.3

Die Beschwerde ist frist- und formgerecht eingereicht worden. Die Beschwerdeführerinnen haben am Verfahren vor der Vorinstanz teilgenommen, sind durch die angefochtene Verfügung besonders berührt und haben ein schutzwürdiges Interesse an deren Aufhebung beziehungsweise Änderung. Sie sind daher zur Einreichung der Beschwerde legitimiert (Art. 72 i.V.m. Art. 105 AsylG; Art. 48 Abs. 1 sowie Art. 52 Abs. 1 VwVG). Ob die Vorinstanz zu Recht eine Beschwerdefrist von 5 Arbeitstagen (gemäss Art. 108 Abs. 3 AsylG) angesetzt hat, kann vorliegend offenbleiben, nachdem die Beschwerde fristgemäss eingereicht wurde und die Beschwerdeführerinnen als abschliessend zu erkennen sind. Auf die Beschwerde ist einzutreten.

E. 2

Sowohl die materiellen Anträge als auch die Begründung der Beschwerde beziehen sich ausschliesslich auf die Wegweisung der Beschwerdeführerinnen sowie auf den Wegweisungsvollzug. Die Dispositivziffer 1 (Verweigerung des vorläufigen Schutzes) der SEM-Verfügung vom 14. Juli 2022 ist somit mangels Anfechtung in Rechtskraft erwachsen.

E. 3

Die Kognition des Bundesverwaltungsgerichts und die zulässigen Rügen richten sich im Bereich des Ausländerrechts nach Art. 49 VwVG (vgl. BVGE 2014/26 E. 5).

E. 4

Die Beschwerde erweist sich – wie nachfolgend aufgezeigt – als offensichtlich unbegründet, weshalb sie im Verfahren einzelrichterlicher Zuständigkeit mit Zustimmung eines zweiten Richters beziehungsweise einer zweiten Richterin (Art. 111 Bst. e AsylG),

ohne Durchführung eines Schriften- wech- sels und mit summarischer Begründung, zu behandeln ist (Art. 111a Abs. 1 und 2 AsylG).

D-3162/2022 Seite 4

E. 5.1

Die Ablehnung des Gesuchs um Gewährung des vorübergehenden Schutzes hat in der Regel die Wegweisung aus der Schweiz zur Folge (Art. 69 Abs. 4 AsylG).

E. 5.2

Die Beschwerdeführerinnen sind Bürger der Europäischen Union, wes- halb sie nach den Bestimmungen des Abkommens zwischen der Schwei- zerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemein- schaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Frei- zügigkeitsabkommen [FZA], SR 0.142.112.681) grundsätzlich über das Recht auf Einreise und Aufenthalt in der Schweiz wie auch über eine An- spruchsgrundlage für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung verfügen. Allerdings steht dieser Umstand der Anordnung der Wegweisung vorlie- gend nicht entgegen, haben die Beschwerdeführerinnen doch während dem für EU-Bürger bestehende bewilligungsfreien Aufenthalt von drei Mo- naten kein (ausländerrechtliches) Gesuch um Erteilung einer Aufenthalts- bewilligung eingereicht. Vielmehr geht bereits aus dem "Personalienblatt" (vgl. SEM-Akten [...]) hervor, dass die Beschwerdeführerinnen zwecks Ein- reichung eines Gesuchs um vorübergehenden Schutz in die Schweiz ein- gereist sind, welche Annahme durch die Angaben in der "Stellungnahme bzgl. dem Status S" vom 28. Juni 2022 (vgl. SEM-Akten [...] S. 1–3) bestä- tigt wird. Der in der Beschwerde (vgl. S. 3 f.) geäußerte Einwand, die Be- schwerdeführerin habe bereits bei der Beantwortung der Frage 13 in ihrer Stellungnahme vom 28. Juni 2022 erklärt, in der Schweiz Arbeit zu suchen, vermag daran nichts zu ändern, und die Rüge, das SEM habe diesbezüg- lich den Sachverhalt unrichtig wiedergegeben (vgl. Beschwerde S. 4), ist unbehelflich.

E. 5.3

Die Anordnung der Wegweisung aus der Schweiz ist demnach zu be- stätigen.

E. 6.1

Ist der Vollzug der Wegweisung nicht zulässig, nicht zumutbar oder nicht möglich, so regelt das SEM das Anwesenheitsverhältnis nach den gesetzlichen Bestimmungen über die vorläufige Aufnahme (Art. 44 AsylG; Art. 83 Abs. 1 AIG [SR 142.20]).

Gemäss der Praxis des Bundesverwaltungsgerichts sind Wegweisungs- vollzugshindernisse zu beweisen, wenn der strikte Beweis möglich ist, und

D-3162/2022 Seite 5 andernfalls wenigstens glaubhaft zu machen (vgl. BVGE 2011/24 E. 10.2 m.w.H.).

E. 6.2

Der Vollzug der Wegweisung erweist sich vorliegend in Beachtung der massgeblichen völker- und landesrechtlichen Bestimmungen als zulässig (Art. 83 Abs. 3 AIG), da weder Hinweise auf eine flüchtlingsrechtlich rele- vante Verfolgung (Art. 5 Abs. 1 AsylG) bestehen, noch konkrete Anhalts- punkte für eine menschenrechtswidrige Behandlung der Beschwerdefüh- rerinnen in ihrem Heimatstaat Deutschland im Sinne von Art. 3 EMRK er- sichtlich sind.

E. 6.3

Im Weiteren ist auch von der Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs auszugehen (Art. 83 Abs. 4 AIG). Der Vollzug der Wegweisung in EU-Mitgliedstaaten ist in der Regel zumutbar (Art. 83 Abs. 5 AIG) und weder die in Deutschland herrschenden allgemeinen Verhältnisse noch individuelle Gründe wirtschaftlicher, sozialer oder gesundheitlicher Natur sprechen gegen eine Rückkehr der Beschwerdeführerinnen dorthin. Es ist aufgrund der Aktenlage nicht davon auszugehen, sie würden in Deutschland in eine existenzgefährdende Situation geraten.

Die Beschwerdeführerin verfügt über eine in Deutschland erworbene Ausbildung als (...) und entsprechende Arbeitserfahrung. Ihr Einwand, sie könne dort nicht arbeiten, sondern müsse sich vollzeitlich um die Betreuung ihrer Kinder kümmern, weil ihre jüngere Tochter aufgrund einer unvollständigen (...)impfung – trotz bestehender und bei Nichtbefolgung mit Busse belegter Schulpflicht – nicht zum Schulbesuch zugelassen sei, ist ebenfalls nicht geeignet, die Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs in Frage zu stellen. Dies gilt umso mehr, als § 20 des deutschen Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz [IfSG]) vom 10. Februar 2020 zwar insbesondere für Kinder beim Eintritt in den Kindergarten und in die Schule eine Pflicht zur Vorweisung einer (...)impfung statuiert, gleichzeitig aber festlegt, dass Personen, die – wie angeblich das Mädchen C. _____ (vgl. SEM-Akten [...] S. 2) – aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, mit der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses von der Impfpflicht befreit werden (vgl. § 20 Absatz 9 Satz 2 IfSG). Die geltend gemachte Impfpflicht steht der Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs auch unter dem Aspekt des Kindeswohls nicht entgegen. Für konkrete Fragen im Zusammenhang mit der den beiden Kindern obliegenden Schulpflicht und der allfälligen Befreiung von der Impfpflicht haben sich die Beschwerdeführerinnen an die deutschen Behörden zu wenden. Es bestehen auch keine Anhaltspunkte, dass der

D-3162/2022 Seite 6 Vollzug der Wegweisung das Kindeswohl aus anderen Gründen verletzen könnte. Wie in der angefochtenen Verfügung schliesslich zutreffend bemerkt wurde, hätte die Beschwerdeführerin als deutsche Staatsbürgerin und Mutter von zwei Kindern auch die Möglichkeit, Unterstützung bei sozialen Institutionen zu beantragen.

E. 6.4

Der Wegweisungsvollzug ist auch als möglich zu bezeichnen (Art. 83 Abs. 2 AIG), zumal die Beschwerdeführerinnen über gültige deutsche Reisepässe verfügen.

E. 6.5

Zusammenfassend hat die Vorinstanz den Wegweisungsvollzug zu Recht als zulässig, zumutbar und möglich bezeichnet. Eine Anordnung der vorläufigen Aufnahme fällt somit ausser Betracht (Art. 83 Abs. 1–4 AIG).

E. 7

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, dass die angefochtene Verfügung Bundesrecht nicht verletzt, und auch sonst nicht zu beanstanden ist (Art. 106 Abs. 1 VwVG). Die Beschwerde ist abzuweisen.

E. 8

Mit vorliegendem Urteil ist das Beschwerdeverfahren abgeschlossen, weshalb sich der Antrag auf Verzicht auf die Erhebung eines Kostenvorschusses als gegenstandslos

erweist.

E. 9.1

Das Gesuch um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege ist abzuweisen, da die Begehren, wie sich aus den vorstehenden Erwägungen ergibt, als aussichtslos zu bezeichnen waren, weshalb die Voraussetzungen von Art. 65 Abs. 1 VwVG – ungeachtet der behaupteten, jedoch nicht belegten Bedürftigkeit der Beschwerdeführerinnen – nicht erfüllt sind.

E. 9.2

Bei diesem Ausgang des Verfahrens sind die Kosten den Beschwerdeführerinnen aufzuerlegen (Art. 63 Abs. 1 VwVG) und auf insgesamt Fr. 750.– festzusetzen (Art. 1–3 des Reglements vom 21. Februar 2008 über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht [VGKE, SR 173.320.2]). (Dispositiv nächste Seite)

D-3162/2022 Seite 7

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.